

Höping, Hubert

Article — Digitized Version

Neue Chancen für Europa

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Höping, Hubert (1974) : Neue Chancen für Europa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 9, pp. 438-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134723>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hubert Höping

Neue Chancen für Europa

Die neuesten europäischen Entwicklungen, die sich mit den Visiten des Bundeskanzlers in Rom und Paris abzeichnen begannen, bieten zwar keinen Anlaß für eine übertriebene Euphorie, ein gemäßigter Optimismus im Hinblick auf die Zukunft

der Gemeinschaft scheint aber durchaus angebracht. Entgegen allen Dementis erhält Italien nun doch von der Bundesrepublik einen bilateralen Beistandskredit. Die Bundesbank gewährt der Banca d'Italia ein Darlehen von 2 Mrd. \$, das durch die Verpfändung von rund einem Fünftel der italienischen Goldreserven garantiert wird. Darüber hinaus wird es noch neben der Verlängerung des kurzfristigen Währungskredits der EG an Italien von 1,9 Mrd. \$ mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren Hilfe durch die Gemeinschaft kommen.

Ob es Italien allerdings gelingt, seine Zahlungsbilanz mit Hilfe dieser Finanzspritze zu sanieren, darf angesichts der desolaten Lage des Landes, das manchen kaum noch regierbar erscheint, bezweifelt werden. Bereits im Sommer dieses Jahres hat Ministerpräsident Rumor in seiner Erklärung vor der Kammer ein wahrhaft düsteres Bild von der italienischen Situation gezeichnet. Damals einigten sich zwar die Koalitionspartner über notwendige wirtschaftliche Maßnahmen, eine grundsätzliche politische Übereinstimmung erzielten sie jedoch nicht. Das politische System krankt daran, daß es keine politische Alternative zu den seit einem Menschenalter regierenden Parteien gibt, wenn man einmal von der immer häufiger diskutierten Regierungsbeteiligung der KPI absieht. Es fragt sich also, ob das oft enttäuschte und von tiefem Mißtrauen erfüllte italienische Volk bereit ist, die vom Notstandsprogramm geforderten Opfer zu bringen, solange ihm der Glaube an einen Erfolg fehlt.

Aber gerade hier könnte das schnelle und unbürokratische Eingreifen des Bundeskanzlers zu einer entscheidenden psychologischen Wende führen. Denn abgesehen davon, daß diese Hilfe durchaus auch deutschen wirtschaftlichen und politischen Interessen dient, hat Bonn einem schwächeren Partner gegenüber großzügig seine Solidarität bewiesen. Ohne eine

Garantie für den Erfolg der italienischen Stabilitätspolitik und für Fortschritte auf dem Wege zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat Bonn sich entschlossen, durch pragmatisches und energisches Handeln diesen Fortschritten eine Bahn zu brechen.

Diesem Zweck diente auch die unmittelbar anschließende Begegnung zwischen Präsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt. Nach sechs für die EG kritischen Monaten der Untätigkeit scheinen wenigstens zwei der führenden Politiker Europas klar erkannt zu haben, wie notwendig eine enge vertrauensvolle Kooperation für die Bewältigung gemeinsamer Probleme ist. Wie Giscard d'Estaing bereits im August erklärte, legt er großen Wert auf die Wiederaufnahme der Bemühungen um eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Bundeskanzler Schmidt hat den Eindruck gewonnen, daß es Giscard hiermit sehr ernst ist, und ist bereit, ihm, wenn auch vielleicht ein wenig skeptischer, darin zu folgen. Als erstes konkretes Resultat könnte es in nächster Zeit zu einer Stabilitätsanleihe der EG kommen, mit der hilfsbedürftige Länder gestützt werden sollen.

Vordringlich ist aber zunächst eine baldige Lösung der Probleme, die im Augenblick am meisten auf den Nägeln brennen, wie z. B. eine koordinierte Stabilitätspolitik und ein ausgewogenerer Handel zwischen den beiden Partnern sowie vor allem die Zukunft des Europäischen Agrarmarktes. Die Demonstrationen der Bauern beider Länder beweisen einmal mehr die Notwendigkeit von Reformen, wenn man diesen Markt, der für die Franzosen von zentraler Bedeutung ist, sichern will. Sollte es den beiden Politikern gelingen, Europa durch ihre Initiativen wieder flott zu machen, so haben sie eine echte Chance, nicht nur als Pragmatiker, Technokraten oder „Macher“, sondern als wahre Staatsmänner in die Geschichte einzugehen.